



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Kinderarmut

1. Wie viele Kinder (unter 18 Jahren) leben laut Zahlen der Landesregierung in Schleswig-Holstein in Armut (in Familien mit weniger als 60% des mittleren Einkommens) (Bitte getrennt nach Kreisen und Kreisfreien Städten aufschlüsseln (bitte für die Jahre 2000 und 2010 angeben)?

Antwort:

Zur Messung relativer Einkommensarmut wird als ein Indikator die Armutsgefährdungsquote herangezogen. Entsprechend dem EU-Standard ist die Armutsgefährdungsquote definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

Nach Auskunft der statistischen Ämter des Bundes und der Länder gibt es erst ab dem Jahr 2005 Angaben zur relativen Einkommensarmut bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Die aktuellsten Angaben beziehen sich auf das Jahr 2009. Demnach lebten 2009 in Schleswig-Holstein insgesamt 96.133 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre, das sind 19,5% aller Kinder und Jugendlichen in relativer Einkommensarmut (bezogen auf das mittlere Einkommen für Schleswig-Holstein).

Eine Aufschlüsselung nach Kreisen und kreisfreien Städten ist nicht verfügbar.

2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Bekämpfung von Kinderarmut eines der primärsten Ziele der Politik sein muss?

Antwort:

Nach Auffassung der Landesregierung ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein primäres Politikziel.

3. Welche Initiativen auf Landes- und Bundesebene ergreift die Landesregierung um Kinderarmut zu bekämpfen?

Antwort:

Sozialminister Dr. Heiner Garg hat am 18. Februar 2010 im Sozialausschuss im Rahmen der Diskussion um die Ausgestaltung des Europäischen Jahres gegen Armut und Soziale Ausgrenzung ausführlich den sozialpräventiven Strategieansatz der Landesregierung zur Inklusion von Kindern vorgestellt (vgl. S. 4 bis 11 der Niederschrift der 5. Sozialausschusssitzung in der 17. Wahlperiode). Er verwies dabei auf eine Reihe von Programmen und sozialen Projekten, darunter insbesondere:

- die Frühen Hilfen,
- das Landesprogramm „Schutzengel für Schleswig-Holstein“,
- das Verbindliche Einladungswesen für Früherkennungsuntersuchungen,
- die vorschulische Sprachförderung,
- die Weiterentwicklung der Offensive gegen Kinderarmut im Kinder- und Jugend-Aktionsplan,
- das Präventionsnetzwerk „Ein X Eins – Augen auf im Geldverkehr“,
- das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt,
- das Modellvorhaben Produktionsschule,
- die migrationspezifische Beratung,
- den Aktionsplan Integration Schleswig-Holstein,
- die AG Kinderarmut im Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein,
- die Modellvorhaben in den Fördergebieten Soziale Stadt,
- die Förderung von sozial benachteiligten Kindern in Sportvereinen.

Diese Aufzählung ist nicht abschließend und kann im Rahmen der Zeit, die für eine Kleine Anfrage zur Verfügung steht, nicht ressortübergreifend aktualisiert werden.

Am 25. Oktober 2010 veranstaltet der Sozialminister zum Thema der Verbesserung von Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Kooperation mit dem Landtag ein Expertenforum.

Auf der Bundesebene erarbeitet Schleswig-Holstein in einer Bund-Länder-AG zur Durchführung des Europäischen Jahres gegen Armut und Soziale Ausgrenzung federführend gemeinsam mit Sachsen-Anhalt eine Beschlussvorlage für die nächste Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher.

4. Wie wird sich nach Einschätzung der Landesregierung die Umsetzung des vorgelegten Kabinettsentwurfs zum Doppelhaushalt 2011/2012 auf die Bekämpfung von Kinderarmut auswirken?

Antwort:

Die Landesregierung geht davon aus, dass mit der Verabschiedung des Haushaltes 2011/2012 und den damit zur Verfügung stehenden Mitteln die unter Frage 3 in der Antwort genannten Vorhaben zur Bekämpfung von Kinderarmut fortgeführt werden können. Eine konkrete prospektive Folgenabschätzung lässt sich nicht abgeben.